

Der demokratische Kapitalismus ist am Ende – aber wann nur und was tun?

Roland Sturm



Roland Sturm.
GWP-Herausgeber

Das Buch von Wolfgang Streeck passt in die gegenwärtige Krisenstimmung und Krisenrhetorik. Es passt auch in unsere Zeit, weil es genauso ratlos ist, wie die heutigen politischen Akteure, wenn es darum geht, eine über den Tag hinaus weisende Krisenbewältigungsstrategie zu formulieren. Besonders ist das Buch aus zwei Gründen: Zum einen wird es alle, die in den 1970er Jahren an deutschen Universitäten ein sozialwissenschaftliches Studium absolviert haben, nostalgisch stimmen. Bekannt vorkommen müsste ihnen nicht nur die Literaturhinweise des Autors, sondern auch der Ausgangspunkt seiner Überlegungen: „Der Spätkapitalismus“. Zum anderen ist das Buch bemerkenswert, weil es die Perspektive der Krisenerzählung verändert. So entstehen beispielsweise Defizite in öffentlichen Haushalten nicht, weil die Politik auch aus wahltaktischen Rücksichten zu hohe Ausgaben verantwortet, sondern weil der Staat zu wenige Einnahmen erzielt. Jede Ausgabe ist gut, weil bedarfsgerecht; jede Steuererhöhung ebenfalls, weil sie die Richtigen trifft. (S. 98)

Doch der Reihe nach. Der Spätkapitalismus erwies sich als voreilige Kennzeichnung der Entwicklungsstufe des Kapitalismus in den 1970er Jahren. Der Kapitalismus brach nicht zusammen (der undemokratische Staatssozialismus weitgehend schon, was Streeck nicht erwähnt). Der Kapitalismus fand, so Streeck, einen neuen Weg dem „tendenziellen Fall der Profitrate“ entgegenzuwinken vor allem dadurch, dass er expandierte (Globalisierung) und dass „die Geldwirtschaft unablässig neue Bereiche des sozialen Lebens, die bis dahin Amateuren überlassen geblieben waren [...] öffnete [...] für Mehrwertproduktion und -abschöpfung; ein Beispiel unter vielen ist der Sport, der in den 1980er Jahren zu einem Milliardengeschäft wurde.“ (S. 42). Diese „Finanzisierung“ hatte den Effekt, den ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus hinauszuzögern. So kaufte sich der Kapitalismus Zeit.

Die in den 1970er Jahren von Jürgen Habermas diagnostizierte Legitimationskrise des Kapitalismus überwand dieser durch das neoliberale Gesellschaftsprojekt der Konsumgesellschaft: „War bei den Studenten von 1968 der Kampf gegen den ‚Konsumterror‘ noch auf eine gewisse Resonanz gestoßen,



Wolfgang Streeck: Gekaufte Zeit -- Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurter Adorno-Vorlesungen, Berlin 2013. ISBN 9783518585924

so begann nur kurze Zeit danach eine Periode des Konsumismus und der Kommerzialisierung, wie sie die Welt bis dahin nicht gesehen hatte, unter aktiver Beteiligung der großen Mehrheit eben jener Generation, die eben noch die Vermarktung des Lebens im Kapitalismus beklagt und bekämpft hatte.“ (S. 41). Hier deutet sich nach Streeck schon an, was auf uns zukam: Die Entwicklung eines Rechtsstaats mit öffentlicher Unterhaltung. Diesen legitimatorischen Fragen geht der Autor allerdings nur am Rande nach. Sein Fokus ist ein etwas deterministischer Blick auf die Ökonomie – auf einen nicht näher charakterisierten ideellen Gesamtkapitalisten, in dessen Interesse Politik gemacht wird. Warum die von Streeck kulturkritisch gesehene „Unterhaltung“ funktioniert, wird nicht untersucht. Gerade in legitimatorischer Hinsicht stellen sich aber viele Fragen in Bezug auf gesellschaftliche Widersprüche. Nur ein Beispiel: Wie kommt es, dass Fragen der Gleichberechtigung der Frauen und der Frauenförderung auf keiner politischen Agenda fehlen, aber dennoch zahlreiche Frauen bereit sind, sich bei Schönheitswettbewerben zur Schau zu stellen, was in den 1970er Jahren noch zu Frauenprotesten mit Schweinehälften als Wurfgeschossen führte?

Aus ökonomischer Perspektive war aus der Sicht des Autors die Nachkriegszeit eine Idylle. Der Nachkriegskapitalismus war sozial reguliert. Es gab einen Gesellschaftsvertrag, der folgendes enthielt: „politisch garantierte Vollbeschäftigung, flächendeckende Lohnfindung durch Verhandlungen mit freien Gewerkschaften, Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und in Unternehmen, staatliche Kontrolle von Schlüsselindustrien, ein breiter öffentlicher Sektor mit sicherer Beschäftigung als Vorbild für die Privatwirtschaft, universelle, gegen den Wettbewerb schützende Bürgerrechte, durch Einkommens- und Steuerpolitik in engen Grenzen gehaltene soziale Ungleichheit und staatliche Konjunktur – und Industriepolitik zur Verhinderung von Wachstumskrisen. (S. 56) Hier wären viele Fragen zu stellen, vor allem aber diejenige, warum die Konjunkturpolitik nicht funktionierte, was der Autor unterstellt. Und er irrt, wenn er meint, Konjunkturpolitik würde heute nicht mehr versucht, man denke nur an die (sinnlosen) Konjunkturprogramme zur Überwindung der Finanzkrise (z.B. Abwrackprämie) oder an die Überlegungen der EU Kommission, Euroland-weite Konjunkturpolitik zu betreiben. Vorbildhaft war für Streeck die Nachkriegszeit auch, weil die EU (damals EWG bzw. EG) weit weniger Einfluss auf die nationale Wirtschaftspolitik hatte. Die Liberalisierung des Binnenmarktes ist für ihn ein gewaltiges neoliberale Projekt, das dazu beitrug Entscheidungsträger von demokratischen Strukturen zu entkoppeln. Dann kam noch der Sündenfall des Euro („frivoles Experiment“), der das nationale Recht auf Abwertung der eigenen Währung beseitigte.

In Deutschland entwickelte sich das Gemeinwesen nach Streeck vom Steuerstaat über den Schuldenstaat zum Konsolidierungsstaat. Während der Steuerstaat seine Aufgaben durch Steuern bestreitet und damit potentiell auch von den Reichen zu den Armen umverteilen kann, ist der Schuldenstaat ein Projekt des Kapitals. Nicht nur erweitern die private und die öffentliche Verschuldung die Möglichkeiten der Profitmaximierung: „Die Sieger im Verteilungskampf am Markt und mit dem Finanzamt müssen, wenn ihr Sieg vollständig sein soll, das Kapital, das sie Staat und Gesellschaft abgewonnen ha-

ben, sicher und gewinnbringend anlegen können. Ihnen liegt deshalb an einem Staat, der ihnen ihr Geld nicht nur als Eigentum belässt, sondern es ihnen anschließend als Kredit wieder abnimmt, es für sie sicher verwahrt, ihnen für das Geborgte – statt – Konfiszierte obendrein noch Zinsen zahlt und ihnen zu guter Letzt die Möglichkeit gibt, es in ihrer Familie an die nächste Generation weiterzureichen – zu Erbschaftsteuern, die längst zu Bagatellsteuern geworden sind.“ (S. 116) Der Schuldenstaat hat, nach Streeck, zwei Völker: das uns bekannte Staatsvolk und das Marktvolk, das im Unterschied zum Staatsvolk international agiert, aus Investoren besteht, die als Gläubiger (nicht als Wähler) Ansprüche an den Staat stellen und diesen via Zinssätzen ständig bewerten. Das Marktvolk kennt keine Loyalität zum Nationalstaat, sondern erwartet von diesem, dass er das Vertrauen des Marktvolks erwirbt.

Der Konsolidierungsstaat entstand nach Meinung des Autors als internationales Mehrebenenregime, das zur „Ausschaltung der nationalen politischen Souveränität als einer der letzten Bastionen politischer Willkür in einer international integrierten Marktgesellschaft“ (S. 161) dient, „mit *governance* statt *government*, wobei Demokratie durch Märkte domestiziert wird statt umgekehrt Märkte durch Demokratie“ (S. 163). „Der Zweck des Ganzen, dessen Erreichung immer näher rückt, ist die Entpolitisierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Entdemokratisierung der Politik.“ (S. 164).

Was also bleibt zu tun? Streeck empfiehlt „destruktive Opposition“ (S. 218). Er setzt auf die „Produktivkraft moralischer Empörung“ (S. 222), z.B. die „Empört euch“-Bewegung. Allerdings, so der Autor: „Viel mehr als Sand in das Getriebe des kapitalistischen Austeritätskurses und -diskurses zu streuen bleibt der Opposition gegen den Konsolidierungsstaat gegenwärtig nicht. [...] Schließlich können Bürger ebenso in ‚Panik‘ verfallen und ‚irrational‘ reagieren wie Finanzinvestoren, vorausgesetzt, dass sie sich nicht auf mehr ‚Verunft‘ verpflichten lassen als diese, auch wenn ihnen als Argumente nicht Geldscheine zur Verfügung stehen, sondern nur Worte, und, vielleicht, Pflastersteine.“ (S. 223) In dieser Perspektive wird unverantwortliches Haushaltsgebaren, werden Korruption und Verschwendung zu einem Akt des moralisch gerechtfertigten Widerstandes, insbesondere wenn sie zu dem von Streeck geforderten „Rückbau der Währungsunion“ führen.

Tagesaktuell kann von diesem ganz großen Bogen der Argumente, der Ross und Reiter nicht nennt, wenig gelernt werden. Bei den deutschen politischen Parteien findet in Streecks Argumentation nur „Die Linke“ Gnade, die er aber nicht ausdrücklich nennt. Streecks Buch zeigt, dass man die Dinge auch anders sehen kann, was zweifellos publizistischen Gegenwind entfachen wird. Mit seiner der politischen Bildung gewidmeten Fußnote greift er aber polemisch berechtigte Kritik auf. Zum Thema „Wirtschaft in die Schule“ bemerkt der Autor: „Dasselbe Ziel [nämlich die Gesellschaft durch die Brille der ökonomischen Standardtheorie zu sehen, R.S.] verfolgt ‚die Wirtschaft‘ mit ihrer Forderung nach ‚Wirtschaftsunterricht‘ in den Schulen: also abprüfbare, mit Zeugnisnoten prämierte moralische Umerziehung, inszeniert als Einweihung in positive, ‚wertfreie‘ Theorie.“ (S. 92, Fn 8).

Wirtschaft unterrichten mit Methode

Holger Arndt
Methodik des
Wirtschaftsunterrichts

Holger Arndt

Methodik des Wirtschaftsunterrichts

2013. 349 Seiten. Kart.
34,99 € (D), 36,00 € (A)
ISBN 978-3-8252-8520-3

Verlag Barbara Budrich **UTB**

Vom Projektunterricht bis zum WebQuest: Lehramtsstudierende, Referendare und Lehrkräfte lernen in diesem Buch bewährte und innovative Methoden des Wirtschaftsunterrichts kennen und erfahren, wie man sie erfolgreich einsetzt. Weiterhin enthält das Buch ein Kapitel, das über die wichtigsten theoretischen Grundlagen des Unterrichtshandelns informiert. Zu den Methoden gibt es vertiefende Aufgaben, Beispiele und umfassende Materialien.

Jetzt in Ihrer Buchhandlung bestellen oder direkt bei:



**Verlag Barbara Budrich •
Barbara Budrich Publishers**

Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen
Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
info@budrich.de

www.budrich-verlag.de